

Beiwort zur Karte 11,8

Die Industrie in Baden-Württemberg 1970

VON WILLI A. BOELCKE

1. Grundzüge des industriellen Wachstums 1948 bis 1970

In der Industrielandschaft Südwestdeutschlands vollzog sich in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg ein nachhaltiger Wandel. Mit dem sukzessiven Abbau der überkommenen Zwangswirtschaft – zuletzt 1968 durch die Freigabe des Bankwesens – war es gelungen, im Rahmen der Marktwirtschaft einen weitgehend gleichgewichtigen Wirtschaftskreislauf in Gang zu bringen. Durch Kriegsverluste und Demontagen reduzierte Produktionskapazitäten, eine spürbare Kapitalknappheit sowie der Mangel an Roh- und Hilfsstoffen bremsten zwar zunächst den Aufschwung der in die Marktfreiheit entlassenen Industrie, konnten ihn aber nicht aufhalten. Nach einigen Jahren einer vom Verbrauch stimulierten Mengenkonjunktur näherte sich die Wirtschaft etwa 1956, nachdem der Maschinen- und Fahrzeugbau den Vorkriegsbeschäftigtenstand überschritten hatte, dem Zustand der Vollbeschäftigung (1 249 516 Industriebeschäftigte). Mit deutlichem Vorsprung bewegte sich Baden-Württembergs Verbrauchs- und Investitionsgüterindustrie vor dem Bundesdurchschnitt, so daß ihre Expansion bereits in den 1950er Jahren den Zustand der Überbeschäftigung herbeiführte.

Bei dem bis Anfang der 1960er Jahre immer vorhandenen absoluten Wachstum zeigten die einzelnen Industriezweige ein unterschiedliches Wachstumstempo und damit traten zugleich Veränderungen in ihren Beschäftigten- und Produktionsanteilen ein. Die höchsten Zuwachsraten bei bereits hohem Beschäftigungsniveau wiesen der Maschinenbau, der Fahrzeugbau, die Elektrotechnik und die Feinmechanik (Uhrenindustrie u.a.) auf, obwohl letztere besonders stark von Kriegs-

und Demontageverlusten betroffen war. Damit sind auch die Wachstumsbranchen der 1950/1960er Jahre angesprochen, zu denen als weitere unbändige Auftriebskraft die schon zu Ende des ersten Nachkriegsjahrzehnts auf ausländische Arbeitskräfte angewiesene Bauwirtschaft kam.

Insgesamt ist das bis Ende der 1950er Jahre reichende, beschleunigte wirtschaftliche Wachstumstempo als Wiederaufbauboom, als kräftige, von der Wirtschaftspolitik begünstigte Aufholbewegung zu begreifen. Die Beseitigung der Kriegsschäden hatte gewaltigen Raum für wirtschaftliches Wachstum geschaffen. Aufholmöglichkeiten bot von der Nachfrageseite her auch der sich langsam verringernde Rückstand gegenüber dem amerikanischen Wohlstandsmodell. Zu den Nachfragefaktoren gesellten sich die die Aufholbewegung beschleunigenden Angebotsimpulse: die in der Nachkriegszeit vorhandene große, offene und in rückständigen Sektoren (Landwirtschaft, Handwerk) versteckte Arbeitslosigkeit, also ein für weiteres Wachstum verfügbares, hochqualifiziertes, motiviertes Arbeitskräftepotential, ferner eine gut ausgebaute, wenn auch vielfach zu reparierende Infrastruktur sowie viel angehäuftes technisches Wissen, im Rahmen der Kriegswirtschaft teilweise gefördert, aber oft in seiner Realisierung zurückgestaut. Alle diese Faktoren und Multiplikatoren verliehen seit den 1950er Jahren dem Expansionsprozeß kräftigen Nachdruck. Der Technologietransfer angesiedelter Unternehmen aus dem ost- und mitteldeutschen Raum sowie die Ansiedlung von Umsiedlern und Flüchtlingen kamen der wirtschaftlichen Entfaltung Südwestdeutschlands und der Erweiterung seiner Branchenvielfalt zusätzlich zugute. Typisch für den Zustand der Vollbeschäftigung am Ende der »sil-

Index der industriellen Nettoproduktion in Baden-Württemberg

(1955-1962; arbeitstäglich: 1950 = 100/1966-1970; arbeitstäglich: 1962 = 100)

	1955	1959	1962	1966	1968	1970
Gesamte Industrie mit Energie	185,2	242,8	289,1	120,9	131,1	165,3
Investitionsgüterindustrie	228,3	329,3	398,7	120,0	125,5	170,7
Maschinenbau	201,2	253,7	303,1	115,5	114,2	157,5
Fahrzeugbau	250,4	394,0	469,8	116,6	118,0	166,3
Elektrotechnik	276,0	447,4	542,3	128,5	149,4	206,7
Verbrauchsgüterindustrie	154,0	185,1	212,0	121,7	131,9	151,4

bernen« 1950er Jahre waren eklatante Disproportionen auf dem Arbeitsmarkt, eine relativ geringe Zahl von Arbeitssuchenden (Sept. 1959: 7212), die einem ständig hohen Angebotspolster an offenen Stellen (Sept. 1959: 79 437) gegenüberstand. Von 1950 bis 1959 erhöhte sich in Baden-Württemberg die Zahl der Industriebeschäftigten um etwa 60 %, während sich der Industrieumsatz fast verdoppelte.

Um 1960, als der Wiederaufbau im wesentlichen abgeschlossen war, begann eine neue, bis zur Erdölkrise 1973 reichende industrielle Wachstumsphase in Baden-Württemberg. Auf dem erreichten hohen Ausgangsniveau erklomm zunächst ein neuer, unerwartet hitziger Boom bei stürmischer Nachfrage im Investitions- und Konsumgüterbereich und hoher Exportsteigerungsrate 1959/60 seinen Höhepunkt, der dritte Konjunkturzyklus seit der Währungsreform 1948. Die Exportquote am Industrieumsatz stieg 1960 auf 15,1 % (1950: 6,4 %). Um Preisstabilisierung zu erreichen und die ins Kreuzfeuer ausländischer Kritik geratenen Zahlungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik Deutschland abzubauen, wurde die erst seit 1958 konvertible Deutsche Mark aufgewertet. Diese und andere wirtschaftspolitische Maßnahmen verschlechterten das Konjunkturklima 1961/62, ohne daß aber der konjunkturellen Überhitzung Einhalt geboten werden konnte. Damit setzte sich zugleich die Anpassung des deutschen Preis- und Kostenniveaus an das höhere Niveau des Auslands fort. Erst Mitte 1966, später als in anderen Teilen der Bundesrepublik, lief in Baden-Württemberg die vierte Konjunktur- und industrielle Wachstumsphase aus, um in das eine Trendwende andeutende Rezessionsjahr 1967 abzufallen. Erstmals im Jahre 1967 waren seit 1948 in Baden-Württemberg Beschäftigtenstand, Umsätze und Produktion rückläufig, gegenüber dem Vorjahr um 3 bis 5 % geschrumpft. Schon 1968 belebte sich wieder die industrielle Konjunktur, die dann 1969 zu den höchsten Zuwachsraten der 1960er Jahre verhalf. Gegenüber 1960 hat sich die Beschäftigtenzahl in der Industrie bis 1970 zwar nur noch um 15,3 % erhöht, erreichte aber damit ihren bisherigen historischen Höchststand. Der ungeachtet dessen auch in der Folgezeit weiter gestiegene Industrieumsatz erhöhte sich im gleichen Jahrzehnt nominal um 115 %.

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz
Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

	Betriebe	Beschäftigte	Industrieumsatz in Mio. DM
1954	9 172	1 062 872	22 019
1962	10 709	1 452 365	49 016
1970	10 579	1 610 854	89 137

Auf die Wiederaufbauphase folgte in den 1960er Jahren unter veränderten Konstellationen ein neuer Entwicklungsabschnitt in Baden-Württembergs Wirtschaft, der gelegentlich als Konsolidierungsphase angesprochen wurde, wahrscheinlich aber eher als Umstrukturierungsphase an der Schwelle zur dritten Technisch-Industriellen Revolution zu bezeichnen ist. Sie war bei stark gesteigerter Produktivität je Beschäftigtem (1950: 40,9; 1960: 65,5; 1970: 100) durch ein deutlich abgeschwächtes Wachstum gegenüber dem stürmischen Wiederaufbauboom geprägt. Wurde das industrielle Wachstum der 1950er Jahre von einer starken Vermehrung der Arbeitsplätze und der geleisteten Arbeiterstunden (in Mio. Stunden 1950: 1 552; 1960: 2 298; 1970: 2 236) getragen, so wurden in dem folgenden »goldenen Jahrzehnt« durch technisch-innovative Fortschritte, Rationalisierungsinvestitionen und damit zusammenhängende Produktivitätssteigerungen nicht viel mehr Arbeiter und erheblich weniger Arbeiterstunden benötigt. Durch vermehrte Rationalisierungsinvestitionen bemühten sich die Unternehmen, vor allem den durch die überhitzte Vollbeschäftigung und Arbeitermangel verstärkten Lohnkostendruck in den Griff zu

Entwicklung des Exports von Baden-Württemberg in Mio. DM

	1954	1964	1970
Ausfuhr insgesamt	3 267	11 214	22 641
Gewerbliche Exportgüter	3 223	11 094	22 292
Maschinenexport	973	3 666	6 741

bekommen. Bis zur Rezession 1967 steigerte die Industrie die Investitionen in relativ gleichmäßiger, danach in sprunghafter Zunahme (in Mio. DM 1962: 2 969; 1970: 5 878). Die technische Entwicklung machte die Ausgaben für einen Arbeitsplatz offenbar von Jahr zu Jahr teurer (Investitionen je Beschäftigten 1962: 2 184 DM; 1970: 4 003 DM). Die absolut höchsten Investitionswerte brachten die Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten auf. Die höchsten Investitionssummen – 1965 17,6 % der Gesamtinvestitionen – entfielen auf den Maschinenbau. Durch geringe Investitionsquoten (Investitionen in Prozent zum Umsatz) fielen Bekleidungsindustrie, Tabakverarbeitung und Schmuckwarenindustrie auf. Andererseits lag die höchste Investitionsquote bei den kleineren handwerklich-industriellen Betriebsgrößenklassen, im Jahre 1962 für die Größenkategorie 10 bis 49 Beschäftigte bei beachtlichen 7 %.

Durch Mobilisierung von Wachstumsreserven in wirtschaftsschwachen Gebieten bemühten sich zunächst das Land, beginnend mit ersten Hilfsprogrammen nach Kriegsende, und seit 1950 auch die Bundesregierung, im Rahmen der regionalen Strukturpolitik Disparitäten zwischen Verdichtungsräumen und strukturschwachen ländlichen Gebieten abzubauen. Dieses Wachstumsziel »stand im Vordergrund vor allem in den sechziger Jahren, als es darum ging, für die aus der Landwirtschaft freiwerdenden Arbeitskräfte gewerbliche Arbeitsplätze zu schaffen und der Industrie damit eine wesentliche Erweiterung ihrer Produktion zu ermöglichen« (A.MÖLLER). Am Anstieg der Zahl der Industriebetriebe (zehn und mehr Beschäftigte) in Baden-Württemberg auf 10 777 Unternehmen im Jahr 1967 (1960: 10 229), der historische Höchststand in der Wirtschaftsgeschichte Südwestdeutschlands, hatten auch diese jahrzehntelang sehr unkoordiniert nebeneinander betriebenen Fördermaßnahmen einen Anteil. Anstöße zur stärkeren Systematisierung und Koordinierung des wildwuchernden Wirrwarrs von Förderprogrammen gingen von der Bundesregierung in Folge der Rezession von 1966/67 aus. Um Verzerrungen im Präferenzsystem zu vermeiden und die Länder nicht der Erpressung durch ansiedelnde Unternehmen auszusetzen, fanden Bundesregierung und Länder den Weg zu einer neuen Kooperation, zu regionalen Aktionsprogrammen, in denen Bundes- und Landesfördergebiete zum Zwecke der Förderungsintensivierung (Darlehen, Investitionszulage, Zuschüsse zur Industriegeländerschließung, Finanzierung von Infrastrukturprogrammen u.a.) zusammengefaßt wurden. Das in Ausführung des neu eingeführten Artikels 91a des Grundgesetzes am 6. Oktober 1969 ergangene Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« ersetzte die bisherigen bilateralen Förderabsprachen zwischen Bund und Ländern durch ein multilaterales Entscheidungssystem.

Schwerpunktorte der Regionalförderung in Baden-Württemberg 1970

1. Regionales Aktionsprogramm Hohenlohe-Odenwald mit Städten: Crailsheim, Gerabronn, Schrozberg; Bad Mergentheim mit Edelfingen und Igersheim; Künzelsau; Öhringen mit Pfedelbach; Schwäbisch Hall; Buchen; Adelsheim/Osterburken; Mosbach mit Neckarelz und Diedesheim; Sinsheim (Bundesausbauort); Tauberbischofsheim (Bundesausbauort).
2. Regionales Aktionsprogramm Südlicher Oberrhein-Hochschwarzwald: Emmendingen mit Teningen; Breisach; Neustadt und Bonndorf, Müllheim/Neuenburg.
3. Regionales Aktionsprogramm Alb-Oberschwaben-Bodensee: Münsingen mit Auingen; Laichingen; Riedlingen; Mengen/Ennetach; Sigmaringen; Stockach; Meßkirch; Pfullendorf.
4. Landesausbauorte: Gaildorf, Langenau, Philippsburg, Wolfach, Hausach/Haslach, Tiengen/Waldshut, Ehingen, Leutkirch, Blumberg, Bopfingen, Ellwangen, Isny.
5. Bundesausbauort: Horb

Nach Beschäftigtenzahl und Umsatzhöhe stand bereits 1960 der Investitionsgüterbereich an führender Position, in dem in der Statistik allerdings auch Teile der Gebrauchsgüterherstellenden metallverarbeitenden Industriegruppen zusammengefaßt wurden. Bei gleichzeitiger Vermehrung der Zahl der Betriebe (1970 = 3577) nahm die Beschäftigung von 1960 bis 1970 in den Investitionsgüterindustrien um fast 28 % auf 907 665 Arbeitskräfte zu, während der Umsatz eine Steigerung von 132 % (auf 45 577,3 Mio. DM) erfuhr. Dadurch weiteten die Investitionsgüterindustrien ihre Geschäftstätigkeit etwas stärker aus als im Bundesdurchschnitt. Kräftiger als der Inlandsumsatz stieg der Auslandsumsatz, der sich nominal knapp verdreifachte (Anstieg in Mio. DM von 4890,0 auf 13 547,5; entsprechende Exportquoten: 25 % bzw. 29,7 %).

Mit einem Export von 2527 DM je Kopf der Bevölkerung und einem Anteil der Fertigwaren an der Ausfuhr von 1970 in Höhe von 93,7 % befand sich Baden-Württemberg entsprechend dem Gewicht seiner verarbeitenden Industrie an der Spitze aller Bundesländer (ohne Berlin-West). Die Ausfuhrsteigerung, in der Hauptsache der Ausweitung des Handels mit den europäischen Ländern zuzuschreiben, belief sich im Jahresmittel von 1960 bis 1970 auf 10,3 %, gegenüber 25,1 % von 1950 bis 1959. Erzeugnisse des Maschinenbaus bildeten seit Jahren Baden-Württembergs wichtigste Exportgüter (1970: 29,8% der Ausfuhr), gefolgt von Kraft- und Luftfahrzeugen (1970: 18,2 %) und elektrotechnischen Erzeugnissen (1970: 14,3 %).

Maschinenbau und Elektrotechnik bildeten schon in den 1950er Jahren die führenden und stärksten Industriebranchen Baden-Württembergs. Die stark fortgeschrittene Motorisierung während der 1960er Jahre im In- und Ausland war mit einem Nachfragestoß nach Kraftfahrzeugen verbunden, so daß sich der Fahrzeugbau stark ausdehnte (Beschäftigtenanstieg von 1960 bis

Kraftfahrzeugbestand in Baden-Württemberg

Stichjahr	Kraftfahrzeuge insgesamt	Motorräder	PKW	LKW	Omnibusse	Sonstige Kfz
1.1.1960	1 155 963	327 739	588 059	81 072	3 839	155 254
1.1.1970	2 461 181	42 901	2 010 706	135 391	5 479	266 704

1970: um 39 %; Umsatzanstieg: 112%) und die langsam schrumpfende Textilindustrie bis 1970 vom dritten auf den vierten Platz der beschäftigungsstärksten Industrien Baden-Württembergs verdrängte. In der feinmechanischen Industrie, zu der die Uhrenindustrie zählte, begann sich um 1970 bereits die technologische Krise der Uhrenherstellung unter dem Druck der ostasiatischen Konkurrenz abzuzeichnen.

Die Verbrauchsgüterindustrien, die Herstellung einiger langlebiger Gebrauchsgüter und Vorprodukte auch für Investitionsgüter eingeschlossen (Kunststoffverarbeitung), insgesamt zweitgrößter Industriebereich, verloren seit 1960 durch eine rückläufige Beschäftigungsentwicklung an Gewicht. In der stark geschrumpften Ledererzeugung und Schuhherstellung machte sich die Konkurrenz der Kunststoffe sowie der stark gestiegenen Schuhimporte vor allem aus Italien bemerkbar. Am schwersten betroffen wurde von der Konkurrenz der Billiganbieter aus Südeuropa und Ostasien die bis 1955 größte Industriegruppe des Landes, die Textilindustrie (Beschäftigungsschwund von 1960 bis 1970: über 10%), die sich auf eine Strukturkrise zubewegte. Die Schmuckwarenindustrie ausgenommen, war die Verbrauchsgüterindustrie insgesamt bei verhältnismäßig niedriger Exportquote (8 bis 12 %) zu stark auf die Nachfrage des Binnenmarkts orientiert, dessen Anteile ihr jedoch mit der Liberalisierung des Welthandels zugunsten preisgünstiger produzierender Wettbewerber in zunehmendem Maße entglitten.

Von der überdurchschnittlichen Zunahme der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien – Beschäftigungsanstieg von 1960 bis 1970: 27,6 % auf 212 735, Umsatzsteigerung um 168,7 % – profitierten vor allem die badischen Standortschwerpunkte des Landes, die dort vor allem ansässige chemische und pharmazeutische Industrie (Umsatzsteigerung von 1960 bis 1970: 169,4 %), die Gummi- und Asbestverar-

beiter, die Chemiefaserproduktion sowie die Zellstoff-, Papier- und Pappehersteller. Eine unwahrscheinliche Expansionskraft zeichnete die Kunststoffverarbeitung aus, auf dem Kartenbild zu der der Chemie verwandten Industrie gerechnet, durch einen Beschäftigungszuwachs von 77,5 % und ein Umsatzplus von 253,2 % (um das 3,5fache). Der Auftrieb der Industrie der Steine und Erden hing mit der starken Bautätigkeit zusammen. Die metallschaffende Industrie einschließlich Halbzeughersteller des Kartenbildes, d.h. die Metallhütten und Schmelzwerke, die verschiedenen Gießereien, die Ziehereien und Kaltwalzwerke, veränderten zwischen 1960 und 1970 nur wenig ihren Beschäftigtenstand, erzielten aber beträchtliche Umsatzzuwächse bei gleichzeitigem, teilweise sprunghaftem Anstieg der Exportquoten.

Deutlich geringer wurde seit 1960 das Gewicht des kleinen, ganz überwiegend auf die Versorgung des Binnenmarkts fixierten Industriebereichs der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (1970: 4 % der Industriebeschäftigten). Der Bedeutungsverlust resultierte in erster Linie aus dem durch verschiedene Faktoren bedingten Niedergang der Tabakverarbeitung in Baden, insbesondere der traditionellen Zigarrenherstellung. Die Ernährungsindustrie konnte ihre Geschäftstätigkeit demgegenüber (Beschäftigungsanstieg: 5,3%; Umsatzplus: 62 %) namentlich durch Produktion von Qualitätserzeugnissen und von neuen Angeboten, namentlich im sehr gefragten Fertigergerichtsektor, ausdehnen.

In erster Linie auf dem Wachstum seines verarbeitenden Gewerbes beruhte das wirtschaftliche Wachstum in Baden-Württemberg in den Nachkriegsjahrzehnten. Nach den sektoralen Strukturdaten verfügte Baden-Württemberg 1970 über den höchsten Besatz an Industriebeschäftigten je 1000 Einwohner (17,9; Bundesrepublik Deutschland 14,2) und mit rund 55%

	Insgesamt	Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe	Tertiärer Sektor
Bruttoinlandsprodukt (Mio. DM)	105 312	3 440	63 041	40 384
% Anteil	100	3,3	60,8	35,9
Erwerbstätige in 1000	4 176	332	2 284	1 561
% Anteil	100	7,9	54,7	34,1

über den höchsten Anteil des produzierenden Gewerbes an den Erwerbstätigen. Die Wachstumskräfte der Industrie und der Bauwirtschaft hatten eine starke Anspannung des Arbeitskräftepotentials zur Folge, hoben nicht nur die Erwerbsquote auf den deutschen Höchststand von 46,9 % (in Europa damals etwas übertroffen nur von der Schweiz) und erforderten in starkem Maße die Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften (Ausländerquote über 16 %; Bundesrepublik etwa 10%). Von 1960 bis 1970 stieg die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen um das 3,6fache auf abgerundet 476000. Etwa die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes entfiel 1970 aus der Wertschöpfung der über 1,6 Mio. Industriebeschäftigten des Landes. Der Trend zum industriellen Süd-Nord-Gefälle in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist älter als das erst in jüngster Zeit gebräuchliche Schlagwort.

2. Industriestrukturen und -standorte in Baden-Württemberg 1970

Die verkehrsmäßigen, von der Eisenbahn nicht wettgemachten Standortnachteile Südwestdeutschlands, gravierender in Württemberg als in Baden, das die Nähe der Wasserstraße Oberrhein begünstigte, wurden in den Nachkriegsjahrzehnten durch die Ausbreitung anderer Verkehrsmittel, insbesondere im Zuge des wenn auch nur unbefriedigenden Ausbaus des Autobahn- und Straßennetzes, wohl weitgehend kompensiert. Da in der Hauptsache nicht Massengüter umgeschlagen wurden, bestimmte der LKW-Verkehr die Transportsituation der dominierenden Verarbeitungsindustrie. Zudem hatte sich seit langem die Industrie Südwestdeutschlands mehr auf die Fertigungsbereiche und -verfahren verlegt, die weniger Energie und Transportaufwand erforderten, so daß die Kosten für Transport und Energie ohnehin weniger ins Gewicht fielen. 1969/70 kamen beispielsweise in Württemberg/Hohenzollern unter Ausschluß der energieintensiven Chemie auf den Energieverbrauch je Arbeiterstunde nur 5,9 Steinkohleeinheiten, in Rheinland-Pfalz dagegen 11,7. Der Zeitfaktor spielte jedoch im Verkehr weiterhin als Kostenelement eine wichtige Rolle.

Die Energieversorgung Baden-Württembergs wurde um 1970 im allgemeinen quantitativ und qualitativ als ausreichend angesehen. Die regionalen Kostenunterschiede zum Nachteil des Landes ließen sich bis 1970 durch das massive Vordringen des Anteils von preiswertem Mineralöl an der Primärenergieversorgung verringern. Die dadurch herbeigeführte rasche Substituierung der Steinkohle sowie das Überwiegen des Energieangebots gegenüber der Nachfrage ermöglichten für einige Jahre um 1970 eine verbrauchsgünstige Preisentwicklung, die vor allem industriellen Großabnehmern zugute kam.

Primärenergieverbrauch im Jahre 1970 in 10³ t (Kubikt. Steinkohleeinheiten)

Kohle: 5940 = 16,1 %; Mineralöl: 25689 = 69,8 %; Strom (einschließlich Wasserkraft, Müll, Kernkraft): 4458 = 12,2 %; Gase: 491 = 1,3 %; Sonstige 216 = 0,5 %. Insgesamt: 39000 = 100 %.

Neben den sechs großen Elektrizitätsversorgungsunternehmen Baden-Württembergs – Energie-Versorgung Schwaben AG, Badenwerk AG, Neckarwerke AG, Kraftübertragungswerke Rheinfelden AG, Technische Werke der Stadt Stuttgart und Stadtwerke Mannheim – waren an der Elektrizitätsversorgung des Landes auch zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe sowie 340 Industriebetriebe beteiligt. Die in der Landesstatistik im Jahre 1970 ausgewiesenen 525 Unternehmen der Energiewirtschaft und Wasserversorgung zählten insgesamt 30332 Mitarbeiter, von denen 1957 in den 410 Unternehmen bis 19 Beschäftigte arbeiteten.

Die traditionell nachteiligen industriellen Standortbedingungen in Südwestdeutschland hatten während der zweiten Technisch-Industriellen Revolution eine dominierende mittelständische, zumeist aus dem Handwerk hervorgegangene und mit ihm weiterhin verbundene Verarbeitungsindustrie entstehen lassen, in der der Faktor Arbeit, fachliche Qualifikation und menschliches Verhalten von entscheidender Bedeutung waren. Dabei stand der Hang zur Gründlichkeit und zum Handwerklich-Technischen im Vordergrund, während die Risiken des Kaufmännischen eher gescheut wurden. Weil vor allem bedeutende Grundstoffindustrien in Baden-Württemberg fehlten, blieb bis 1970 die Großbetriebsquote – Anteil der Großbetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten an der Industrie – wenige Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Andererseits hat der Sog kräftiger Konzentrationsbewegungen das überlieferte Vorwiegen der Klein- und Mittelbetriebe der Industrie (20 und mehr Beschäftigte), zwar nach wie vor spezifische Eigenart einiger Regionen, an der Schwelle zur dritten Technisch-Industriellen Revolution dahinschmelzen lassen. Im Jahre 1970 entfiel bereits auf die Industriebetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten 51,5 % der Industriebeschäftigung und 53,2 % des Industrieumsatzes. Der Zahl nach dominierten freilich die Betriebe mit 10 bis 499 Beschäftigten, insgesamt 1 076 Unternehmen (= 94,4 % der Gesamtzahl der Industriebetriebe). Den größten Anteil der insgesamt 594 Großbetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten stellten die beschäftigungsstarken Industriegruppen, großenteils mit den Wachstumsbranchen identisch: der Maschinenbau (127), die elektrotechnische Industrie (119), die Textilindustrie (65) und der Straßenfahrzeugbau (43).

Die Industriekarte Baden-Württemberg 1970 gibt in erster Linie Auskunft über die räumlichen Standorte der Industrie, über die Verteilung der Vielzahl schwa-

Strukturdaten der Industriegruppen im Jahre 1970

Betriebe insgesamt (10 und mehr Beschäftigte)	10579		Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie		
Beschäftigte insgesamt	1610854	= 100	Betriebe	430	
Umsatz insgesamt in Mio. DM	89136,6	= 100	Beschäftigte	72786	= 4,5
			Umsatz in Mio. DM	2872,7	= 2,9
Bergbau			Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie		
Betriebe	18		Betriebe	574	
Beschäftigte	2124	= 0,13	Beschäftigte	76490	= 4,7
Umsatz in Mio. DM	136,1	= 0,15	Umsatz in Mio. DM	3784,6	= 4,2
Industrie der Steine und Erden			Musikinstrumenten-, Spielwaren-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie		
Betriebe	698		Betriebe	über 383	
Beschäftigte	35738	= 2,2	Beschäftigte	27782	= 1,7
Umsatz in Mio. DM	2390,1	= 2,7	Umsatz in Mio. DM	1027,2	= 1,1
Eisenschaffende Industrie			Chemische Industrie und Kohlenwertstoffindustrie		
Betriebe	?		Betriebe	über 356	
Beschäftigte	2038	= 0,12	Beschäftigte	65524	= 4,0
Umsatz in Mio. DM	234,0	= 0,14	Umsatz in Mio. DM	5378,8	= 6,0
NE-Metallindustrie			Industrie der Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen		
Betriebe	33		Betriebe	16	
Beschäftigte	15342	= 0,9	Beschäftigte	16547	= 1,0
Umsatz in Mio. DM	1501,4	= 1,7	Umsatz in Mio. DM	615,4	= 0,7
Gießerei-Industrie			Feinkeramische und Glas-Industrie		
Betriebe	134		Betriebe	123	
Beschäftigte	28738	= 1,8	Beschäftigte	13973	= 0,9
Umsatz in Mio. DM	1192,8	= 1,3	Umsatz in Mio. DM	658,3	= 0,7
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung			Sägewerke und holzbearbeitende Industrie		
Betriebe	354		Betriebe	563	
Beschäftigte	36610	= 2,3	Beschäftigte	13249	= 0,8
Umsatz in Mio. DM	2078,7	= 2,3	Umsatz in Mio. DM	892,7	= 1,0
Stahl- und Leichtmetallbau			Holzverarbeitende Industrie		
Betriebe	184		Betriebe	602	
Beschäftigte	18629	= 1,15	Beschäftigte	50442	= 3,1
Umsatz in Mio. DM	1098,5	= 1,2	Umsatz in Mio. DM	2569,6	= 2,9
Maschinenbau			Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie		
Betriebe	1176		Betriebe	58	
Beschäftigte	269206	= 16,7	Beschäftigte	20569	= 1,3
Umsatz in Mio. DM	13737,7	= 15,4	Umsatz in Mio. DM	1384,8	= 1,6
Straßenfahrzeugbau			Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie		
Betriebe	159		Betriebe	553	
Beschäftigte	162013	= 10,0	Beschäftigte	38018	= 2,4
Umsatz in Mio. DM	9739,2	= 10,9	Umsatz in Mio. DM	1684,8	= 1,9
Schiffsbau			Kunststoff, Gummi und Asbest verarbeitende Industrie		
Betriebe	?		Betriebe	372	
Beschäftigte	377	= 0,02	Beschäftigte	58812	= 3,6
Umsatz in Mio. DM	13,7	= 0,01	Umsatz in Mio. DM	3077,4	= 3,5
Luftfahrzeugbau			Ledererzeugende Industrie		
Betriebe	?		Betriebe	59	
Beschäftigte	2802	= 0,17	Beschäftigte	6283	= 0,4
Umsatz in Mio. DM	118,1	= 0,13	Umsatz in Mio. DM	346,0	= 0,4
Elektrotechnische Industrie			Lederverarbeitende und Schuh-Industrie		
Betriebe	701		Betriebe	205	
Beschäftigte	258209	= 16,0	Beschäftigte	23975	= 1,5
Umsatz in Mio. DM	12465,2	= 13,9	Umsatz in Mio. DM	864,3	= 1,0

Textilindustrie			
Betriebe	1 158		
Beschäftigte	151 358	=	9,4
Umsatz in Mio. DM	6 607,2	=	7,4
Bekleidungsindustrie			
Betriebe	666		
Beschäftigte	51 031	=	3,2
Umsatz in Mio. DM	2 013,3	=	2,3
Ernährungsindustrie			
Betriebe	649		
Beschäftigte	57 620	=	3,6
Umsatz in Mio. DM	6 323,7	=	7,0
Tabakverarbeitende Industrie			
Betriebe	62		
Beschäftigte	6 033		
Umsatz in Mio. DM	1 002,5	=	1,1

cher Betriebe einer Vielfalt von zudem meist schwach besetzten Branchen über das ganze Land, während sich die Masse der industriellen Arbeitsplätze in wenigen Ballungsräumen konzentrierte¹. Industrielles Zentrum und Kernstück des Landes bildete der Mittlere Neckarraum um Stuttgart mit seinem gewaltigen, fast erdrückenden Übergewicht gegenüber allen anderen Regionen, rund 30 % der Industriebeschäftigung (ca. 489000 Industriebeschäftigte) an sich ziehend. Vielfältige Beziehungen verknüpften ihn mit den drei anderen herausragenden Industrieregionen des Landes, die insgesamt 25 % der Industriebeschäftigung umfaßten: der Region Neckar-Alb mit Reutlingen als industriellem Mittelpunkt (ca. 112000 Industriebeschäftigte), der Region Mittlerer Oberrhein mit der einstigen Residenzstadt Karlsruhe (ca. 132000 Industriebeschäftigte) und der traditionell industriestarken Region Unterer Neckar, orientiert in erster Linie auf das überragende, handelstüchtige Mannheim, nach Stuttgart die bedeutendste Industriestadt Baden-Württembergs (ca. 171000 Industriebeschäftigte). Zwischen 80000 und 100000 Industriebeschäftigte – insgesamt ein Anteil von 16,4 % – wiesen jeweils die Regionen Schwarzwald-Baar-Heuberg, der von der Feinmechanik- und Uhrenindustrie geprägte Raum Villingen-Schwenningen, Rottweil und Tuttlingen also (ca. 98000 Industriebeschäftigte), ferner Ostwürttemberg mit Heidenheim, Aalen und Schwäbisch Gmünd (ca. 89000 Industriebeschäftigte) und Nordschwarzwald (ca. 80000 Industriebeschäftigte) mit der Schmuckmetropole Pforzheim, Baden-Württembergs gewerbefleißigster Stadt, auf.

Aus der Ausgewogenheit industrieller Güterströme resultierte jedoch keineswegs ein das Land gleicher-

maßen überziehendes Netz von Industrie. Größere Städte agglomerierten Industrie. Von größeren zusammenhängenden Waldflächen und typischen dünnbesiedelten agrarischen Räumen ging weit weniger Anziehungskraft auf die Industrie aus. Mit industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen waren unterdurchschnittlich ausgestattet die Landkreise Schwäbisch Hall, Tauberkreis, Odenwaldkreis, Calw, Breisgau-Hochschwarzwald, Ravensburg und der Ulm vorgelagerte Alb-Donau-Kreis. In diesen Teilregionen präsentierten sich großenteils die strukturschwachen, noch stark von Land- und Forstwirtschaft abhängigen Gebiete des Landes. Durch die größte Gewerbedichte – zwei bis drei Einwohner je Arbeitsplatz im verarbeitenden Gewerbe – zeichneten sich dagegen die Stadtkreise Pforzheim, Ulm und Heilbronn aus, wie die meisten größten Städte des Landes auf den Zustrom täglich einpendelnder, im Umland wohnender Arbeitskräfte angewiesen. Innerhalb der vier großen Teilräume des Landes stellte Südbaden 1970 mit 6,9 Einwohnern je Industriearbeitsplatz die am schwächsten mit Industrie ausgestattete Landschaft dar (demgegenüber 4,9 Einwohner je Industriearbeitsplatz in Nordwürttemberg). Namentlich für den südbadischen Zentralort, für die Universitätsstadt Freiburg im Breisgau, war eine ungewöhnlich geringe Gewerbedichte typisch (7,1 Einwohner je Arbeitsplatz im verarbeitenden Gewerbe). Dem industriellen Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik Deutschland entsprach im Lande Baden-Württemberg selber wegen der keineswegs gleichmäßigen Streuung der Industrie über alle Regionen ein ausgesprochenes, geschichtlich gewachsenes Nord-Süd-Gefälle.

Regionale Industriestruktur 1970
(Betriebe mit mehr als 9 Beschäftigten)

	Betriebe		Beschäftigte	
Insgesamt	10579	= 100	1610854	= 100
Nordwürttemberg	3960	37,4	721649	44,8
Südwürttemberg/				
Hohenzollern	2555	24,1	282945	17,6
Nordbaden	2121	20,0	331968	20,6
Südbaden	1943	18,4	274292	17,0

Grundstoffindustrien – Bergbau, die Industrie der Steine und Erden, Sägewerke, metallschaffende Betriebe, Zellstoff- und Papierhersteller, Produzenten chemischer Grundstoffe, teilweise stark auf den Bedarf lokaler und regionaler Märkte ausgerichtet, waren eigentlich in allen Landesteilen anzutreffen. Fast 30 % der Salzproduktion der Bundesrepublik wurde aus den Salzbergwerken des Heilbronner Raumes und des hohenzollerischen Stetten gefördert. Die bedeutendsten Standorte der Sägeindustrie befanden sich im badi-schen Südschwarzwald, im Allgäu und im Schwäbi-

¹ Die Zahlen des folgenden Abschnitts beruhen auf neueren Angaben des Statistischen Landesamts und beziehen sich auf den heutigen Gebietsstand. Die anderen Angaben entsprechen dem Gebietsstand der Karte (1970).

schen Wald, den Limpurger Bergen zwischen Obersulm und Gaildorf. Auch die Betriebe der Industriegruppe Steine und Erden waren schwerpunktmäßig zumeist auf die Rohstoffvorkommen (Kalk, Ton, Steinbrüche) orientiert, so beispielsweise die Zementindustrie (Leimen, Blaubeuren), die Weichgesteinfabrikanten, die Hersteller von Baugips u.a.

Gießereien für Eisen und Nichteisenmetalle befanden sich gewöhnlich in der Nachbarschaft der metallverarbeitenden Industrien. Die wichtigsten Standorte der Gießereiindustrie waren Singen am Hohentwiel, Sigma-ringendorf mit dem hohenzollerischen Hüttenwerk, Ulm, die fünf Betriebe der Schwäbischen Hüttenwerke Wasseralfingen sowie die Konzentrationen der Gießereiindustrie im Kreis Ludwigsburg und in Mannheim. Dort und in der ausgebauten Hafenstadt Kehl arbeiteten kleinere Hochofen- und Walzwerke.

Zur Bedeutung Baden-Württembergs als wichtigem Produzenten von Zellstoff und der verschiedensten Papiersorten trugen namentlich die Zellstoff- und Papierfabriken in Mannheim, Unterlenningen, Ettlingen, Dettingen, Ehingen, Baienfurt, Albrück und in den nördlichen Schwarzwaldtälern bei. Standortsschwerpunkte für die Produktion von Grundchemikalien bildeten die von billiger Elektrizität abhängigen Unternehmen am Hochrhein und des Heilbronner Raums. Die Mineralölindustrie war in Mannheim, Karlsruhe (Land) und in Eislingen/Fils seßhaft, die Hersteller von Chemiefasern in Freiburg/Breisgau und in Rottweil und die bedeutendsten Unternehmen der Pharmazie in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg/Breisgau, Biberach/Riß und Grenzach am Hochrhein. In der Verarbeitung von Kunststoffen, eine von vielen Klein- und Mittelbetrieben in allen Teilen des Landes wahrgenommene produktive Chance, ragte die Firma Carl Freudenberg in Weinheim weit heraus und erinnert auch die Magnetbandfabrik der BASF in Willstätt an die außergewöhnliche Vielseitigkeit dieser Wachstumsbranche. Auch die Asbest- und Gummiverarbeitung – auf der Karte als Chemie eingefärbt – rechnete zu den Wachstumsindustrien, schon seit dem 19. Jahrhundert in Mannheim ansässig und in Karlsruhe insbesondere durch die französische Tochter der Michelin Reifenwerke vertreten.

Die industrielle Dominanz der nördlichen Landeshälfte und insbesondere des Mittleren Neckarraums rührte hauptsächlich aus der sich zahlreich an der Industrieachse Geislingen/Steige, Göppingen, Esslingen, Stuttgart über Ludwigsburg bis Heilbronn aufreihenden Unternehmen des Maschinenbaus her, dem bekanntlich bedeutendsten Industriezweig des Landes. Zentren des badischen Maschinenbaus bildeten Mannheim und Karlsruhe. Im Unterschied zum Maschinenbau verlief die Expansion der elektrotechnischen Industrie in den Nachkriegsjahrzehnten in breiter Streuung über das ganze Land von Walldürn bis Konstanz. Trotz der auffallenden Ballung von Elektroindustrie in den

großen Städten – in Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe und Ulm – war für sie ein dezentrales Wachstum typisch, das wiederum das starke Wachstumstempo dieser Branche mit verständlich macht. Nicht an bisherigen, beengt gewordenen Standorten wurden die Kapazitäten unter hohen Kosten erweitert, sondern man erschloß sich immer neue Produktionsräume durch Betriebsverlagerungen, Errichtung von Zweigwerken und Neugründungen in weniger dicht besiedelten Gebieten, häufig auf der »grünen Wiese«.

Vor allem expandierende Großbetriebe aller Branchen waren vom Ausmaß ihrer Nachfrage nach Produktionsfaktoren her nicht mehr in der Lage, diese allein noch an ihrem herkömmlichen Standort zu befriedigen. Auch suchte man die Abhängigkeit von den spezifischen Bedingungen bestimmter Standorte zu vermindern. Nicht nur Stuttgarter Großfirmen wie die Daimler Benz AG – in Stuttgart im Jahre 1970 nur mit 21,5 % seiner Gesamtbelegschaft vertreten – oder die Robert Bosch GmbH (auf der Karte der Elektrotechnik zugeordnet) machten von sich bietenden Möglichkeiten Gebrauch, größere Areale sowie komplette Firmen in Baden-Württemberg zu erwerben. Vielfach wurden auch Zweigbetriebe in anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland eröffnet, so daß das auf Baden-Württemberg beschränkte Kartenbild von der tatsächlichen wirtschaftlichen Potenz der südwestdeutschen Industrie nur unzureichend Auskunft gibt. Grundsätzlich versuchten größere Unternehmen aller Branchen, sofern sie unter den Kostendruck von Importen aus Billiglohnländern gerieten, arbeitsintensive Produktionsbereiche auf das Land bzw. in Regionen und Länder mit geringerer Lohnhöhe zu verlagern oder mit Mischkalkulationen zu arbeiten.

Als ins Auge fallende Zentren des Straßenfahrzeugbaus erscheinen auf der Karte außer den Daimler-Benz-Standorten Stuttgart, Esslingen, Sindelfingen, Mannheim und Gaggenau die Stadt Ulm (Kässbohrer, Iveco Magirus u.a.), Neckarsulm mit den NSU-Werken, Heilbronn (Fiat) sowie Friedrichshafen und Schwäbisch Gmünd, die Produktionsorte der Fahrradfabrik Friedrichshafen. Hersteller von Kraftfahrzeugaufbauten und -Anhängern waren auch in zahlreichen kleineren Orten gleichermaßen wie Zulieferer der Autoindustrie anzutreffen. Für den Luftfahrzeugbau galt nach wie vor Friedrichshafen mit Immenstaad als beste Adresse. Die kleine Werftindustrie war in Kreßbronn am Bodensee, in Neckarsulm und in Mannheim vertreten.

Vor allem in der nördlichen Landeshälfte, in Geislingen/Steige, Göppingen, Schwäbisch Gmünd, Esslingen, Ludwigsburg und Pforzheim, konzentrierte sich die überwiegend von Klein- und Mittelbetrieben repräsentierte Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, die Hersteller von Spielzeug (Märklin), von Tafelgerät (WMF) sowie die exportorientierte Schmuckwarenindustrie. Die Karte bezieht in diese Gruppe auch die be-

deutende Musikinstrumentenindustrie ein (Trossingen). Die Fototechnik besaß in Stuttgart ihren Schwerpunkt. Durch die Ansiedlung der Jenaer Zeiss-Werke nach dem Kriege wurde Oberkochen zu einem Standort der Optik von internationalem Rang. Der Gunst von Nachkriegsentwicklungen verdankte auch die Glasindustrie von Wertheim und von Bad Wurzach ihren Aufstieg. Die industrielle Ost-West-Wanderung im Zuge der Grenzverschiebungen als Folge des Zweiten Weltkriegs trug wesentlich zur Verbesserung und Bereicherung der Industriestruktur Südwestdeutschlands bei.

Über dem Durchschnitt des Bundesgebiets lag auch die holzverarbeitende Industrie Baden-Württembergs, herausragend vor allem durch ihre Produktionen von Büro- und Schulmöbeln und ihre sonstigen Spezialisierungen (insbesondere im Ortenaukreis und Regionalverband Franken). Stuttgart, die Kreise Reutlingen und Esslingen sowie die Ortenau und der Rhein-Neckar-Raum bildeten Standortschwerpunkte der Papier- und Papperverarbeitung. Die Druckindustrie, angeführt von namhaften Unternehmen in Stuttgart, Esslingen, Offenburg, Freiburg/Breisgau, Karlsruhe u.a., erreichte nicht den Bundesdurchschnitt. Auch hinsichtlich der Industriegruppen Papier, Holz und Druck bestand ein einseitiges Übergewicht der nördlichen Landeshälfte (Regierungsbezirke Stuttgart und Karlsruhe = 65 % der Beschäftigten dieser Branchen) gegenüber dem Süden. Gleiches galt aber nicht für die Industriebereiche Leder, Textil, Bekleidung (Regierungsbezirke Freiburg und Tübingen = 51,4 % der Beschäftigten dieser Branchen), obgleich die Ledererzeugung (Backnang, Stuttgart, Weinheim u.a.) und die Schuhindustrie (Salamanter in Kornwestheim und Faurndau) ihre traditionellen Standorte im nördlichen Landesteil besaß. Insbesondere dank seiner leistungsstarken Wirk- und Strickwarenfabriken, vornehmlich im Raum von Reutlingen bis Radolfzell (Schießer) vorhanden, sowie durch seine Näh- und Stopfgarnindustrie (Freiburg, Gutach, Bönningheim, Heilbronn) stellte Baden-Württemberg etwa 30 % der Beschäftigten der Textilindustrie der Bundesrepublik. Die dagegen unterdurchschnittlich entwickelte Nahrungs- und Genußmittelindustrie suchte mehr die Nähe der nachfragestarken Märkte der Ballungszentren der nördlichen Landeshälfte (Mannheim, Heilbronn, Stuttgart, Esslingen, Karlsruhe, Ludwigsburg usw.), so daß auch auf sie der größere Beschäftigungsanteil dieser Branche entfiel (= 64,3 %). Es gab freilich Ausnahmen, die von diesem Trend abwichen, beispielsweise die von Schweizer Kapital gegründeten Großbetriebe der Ernährungsindustrie in Singen (Maggi), in Lörrach (Suchard) oder Baden-Württembergs älteste Brauerei in Donaueschingen (Fürstenberg). Der hohe Marktanteil der zumeist kleineren Unternehmen der Teigwarenindustrie sowie der Obstbrennereien (Staufen i.Br.) ist auf dem Kartenbild kaum zu erkennen.

Das umfassendste Maß für den Wohlstand eines Gebiets stellt freilich die in diesem erwirtschaftete Bruttowertschöpfung (= Wert der erzeugten Güter und Dienstleistungen abzüglich Vorleistungen) dar. Nach den jetzt vorliegenden Berechnungen des Statistischen Landesamts² wurden 1970 in der württembergischen Region Mittlerer Neckar bei einem Bevölkerungsanteil von 25,6 % rd. 29,5 % der Bruttowertschöpfung des Landes erwirtschaftet, von den badischen Regionen Mittlerer Oberrhein und Unterer Neckar – Bevölkerungsanteil 20,9 % – 22,8 % und in den vier südlichen Regionen des Landes, der Region Südlicher Oberrhein, Hochrhein-Bodensee, Bodensee-Oberschwaben und Donau-Iller-Bevölkerungsanteil 24,9 % – jedoch nur 22,4 %, obwohl im Stadtkreis Ulm damals die absolut höchste Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen pro Kopf der Wohnbevölkerung (19985 DM; Landesdurchschnitt 11 348 DM) erzielt wurde. Der Ulm vorgelagerte Alb-Donau-Kreis aber bildete das Schlußlicht in der Bruttowertschöpfung des Landes mit nur 7051 DM pro Kopf.

3. Zur Methode der Karte

Die Industriekarte »Baden-Württemberg 1970« des Historischen Atlas von Baden-Württemberg, ausgeliefert 1979, stellt farblich den unwesentlich veränderten, aber nicht nachträglich ergänzten bzw. korrigierten Nachdruck der vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg herausgegebenen Industriekarte von Baden-Württemberg dar. Das Erhebungsmaterial der Industriekarte 1970 beruhte auf den Angaben der Zusatzerhebung zum Industriebericht, die sich auf den Stand vom September 1970 beziehen. Die Zahlen betrafen die monatlich zur Industrieberichterstattung meldenden Industriebetriebe mit zehn und mehr Beschäftigten. Die Zusatzerhebung erfaßte auch die Zweigwerke der Unternehmen einzeln. Die Daten der Zusatzerhebung unterliegen noch heute den gesetzlichen Bestimmungen über die Geheimhaltung und sind deshalb auch nicht in extenso veröffentlicht worden. Auch dem Verfasser des Beiworts wurden von der Regionaldatenbank Computer-Bögen zur Verfügung gestellt, auf denen Beschäftigtenzahlen lediglich für Gemeinden mit mehr als 500 Beschäftigten aufgeschlüsselt wurden, sofern mehr als vier Betriebe je Gruppe vorhanden waren. Durch die Geheimhaltung auch jahrzehntelanger statistischer Werte ist die Forschung verständlicherweise erheblich behindert. Soweit für die Gemeindedaten sogleich nach der Erhebung eine Veröffentlichung zulässig und zum damaligen Zeitpunkt zu verantworten war, erfolgte die Publikation in: Statistik von Baden-Württemberg Bd. 185. Gemeindestatistik 1972. Heft 3. Industriebeschäftigte in den Gemeinden. Stuttgart 1974.

² Wie Anmerkung 1.

Die auf dem Kartenbild erscheinende Industriegruppe Bergbau, Steine und Erden, Feinkeramik, Glas ist in gleicher Zusammenfassung in der genannten veröffentlichten Gemeindestatistik 1972 ausgewiesen, desgleichen die Industriegruppe Chemische und verwandte Industrien, zu der die Industriebranchen Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Kunststoffwaren und Gummiverarbeitung zusammengefaßt wurden. Die Industriegruppe der Karte Papiererzeugung und -verarbeitung, Druck der Karte bezieht sich auf Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung, Papier- und Pappeverarbeitung, Druckerei, Vervielfältigungen. Die Sammelbezeichnung Stahl- und Maschinenbau der Karte enthält die Werte für den Stahl- und Leichtmetallbau, den Schienenfahrzeugbau und den Maschinenbau. Zur Elektrotechnischen Industrie wurde auch die Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen gerechnet. Die Klassifizierung Eisen- und Metallschaffende Industrie einschließlich Halbzeug umfaßt vier Industriegruppen der Statistik: die Eisenschaffende Industrie, NE-Metallerzeugung und NE-Metall-Halbzeugwerke, Gießerei und die Ziehereien. Ebenso wie in der Zusatzerhebung zur monatlichen Industrieberichterstattung blieben auf dem Kartenbild die Bauwirtschaft (zu ergänzen durch Statistik von Baden-Württemberg Bd. 176. Die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg 1970/71) und die nicht weniger bedeutenden öffentlichen Versorgungsbetriebe, insbesondere die Elektrizitätswerke, unberücksichtigt (ausgewiesen in der Statistik von Baden-Württemberg Bd. 185. Gemeindestatistik, 1972. Heft 2). Infolge abweichender statistischer Erhebungsmaßstäbe und wegen einiger Gestaltungsunterschiede ist die Industriekarte 1970 mit der vorangehenden Industriekarte 11,7 dieses Atlas nur bedingt vergleichbar. Die Vergleichbarkeit ist weiterhin durch einen unterschiedlichen Maßstab für die Zahl der Beschäftigten eingeschränkt.

Literatur und Quellen

- BOELCKE, W.A.: Wirtschaftsgeschichte Baden-Württembergs von den Römern bis heute. 1987.
- BORCHERDT, C. (Hg.): Geographische Landeskunde von Baden-Württemberg. 1983.
- 30 Jahre Baden-Württemberg im Spiegel der Statistik. Hg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. 1982.
- FRENTZ, M.: Problemfindung und Problemstrukturierung im Vorfeld politischer Programme am Beispiel der Mittelstandsförderung in Baden-Württemberg. Diplomarbeit der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg. 1981.
- Industrie- und Handelskammer Mittlerer Oberrhein (Hg.): Die Wirtschaft am Mittleren Oberrhein. 1982.
- KULLEN, S.: Baden-Württemberg. 1983.
- Das Land Baden-Württemberg. Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden. Hg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg. Bd. 1. 1977².
- MEYER-HAITZ, D.: Die Entwicklung der Industriebereiche von 1960 bis 1973. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 22 (1974) S. 342-348.
- MÖLLER, A.: Die Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur«. Eine kritische Bilanz. In: Raumordnungspolitik. Hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. 1982.
- SPÖRI, D.: Regionale Wirtschaftspolitik und räumliche Einkommensverteilung – eine kritische Bestandsaufnahme der Regionalpolitik am Beispiel Baden-Württembergs. Diss. Konstanz 1973.
- Statistik von Baden-Württemberg Bd. 174. Die Industrie von Baden-Württemberg 1970 – Querschnittsband. 1972.
- Eine vergleichbare Industriekarte für Baden nach dem Stand von 1925 ist dem Band: Die Industrie in Baden im Jahr 1925. Hg. vom Badischen Statistischen Landesamt. 1926, im Anhang beigegeben.
- Statistik von Baden-Württemberg Bd. 175. Die Ausfuhr 1970. 1971.
- Statistik von Baden-Württemberg Bd. 183. Arbeitsstätten und Beschäftigte in Baden-Württemberg. Ergebnisse der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung 1970. 1972.
- Statistik von Baden-Württemberg Bd. 185. Gemeindestatistik 1972. Heft 2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Arbeitsstätten und Beschäftigte. Ausgewählte Ergebnisse der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1970 in der Gliederung nach den neuen Kreisen und Regionalverbänden. 1972.
- Statistik von Baden-Württemberg Bd. 185. Gemeindestatistik 1972. Heft 3. Industriebeschäftigte in den Gemeinden. Stand September 1970. Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten ohne öffentliche Versorgungsbetriebe und Baugewerbe. 1974.

HISTORISCHER ATLAS VON BADEN-WÜRTTEMBERG: *Erläuterungen*

Herausgegeben von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg

11. Lieferung 1988

Druck der Erläuterungen: Offizin Chr.Scheufele, Stuttgart